

lung. Der hochwürdigste Herr gab dann seiner Verehrung für den hochwürdigsten Herrn Bischof, für Trier und das ganze Land bereiten Ausdruck.

Herr Rechtsanwalt Dr. Reuter aus Luxemburg sprach über „Vaienapostolat und Kongregationen. Die Herren Redner lobte reicher Beifall für ihre überzeugungsvollen, begeisterten Worte. Laut erscholl es: „Fest soll mein Taufband immer stehn“ und die so eindrucksvolle, unvergessliche Feier hatte ihr Ende gefunden.

Aus der Rede, die der Abgeordnete Erzberger in der Mannerverammlung hielt, geben wir die Einleitung. Er sprach über die Marienverehrung, ein Mittel zur Stärkung des kirchlichen Geistes in der katholischen Männerwelt; Jäh kann nur mit Hüten und Beben dieses Kult betreten, denn ich weiß nicht, ob ich nicht einer verbotenen Ordensfähigkeit Vorwand geleistet zu haben bezichtigt werden könnte, da hier ein Jesuit den Vortritt führt. Wann werden wohl die deutschen Staatsmänner aufhören, die Katholiken zu isolieren, und dafür die großen und dringenden Aufgaben der Gegenwart lösen? ... Wenn heute ein Fremder ahnungslos nach Trier gekommen wäre, er hätte gewiß die Geographie umgestürzt und gesagt: Trier liegt nicht an der Mosel, Trier liegt am Schwarzen Meere. „Das eigentliche und tiefste Thema der Weltgeschichte ist der Konflikt des Glaubens und des Unglaubens.“ (Goethe.) Allein der Glaube wird siegen in diesem Streite. Denn er muß siegen. Und in dem großen Kampfe des Glaubens und des Unglaubens können nur die Kreuzträger Sieger sein. Denn „Jesus Christus ist der Schlüssel der ganzen Historie“, wie ein protestantischer Gelehrter sagte. Dem Gottesohn aber ist unzerrenbar verbunden die Gottesmutter, Maria, und ihre Verehrung und Verherrlichung. Redner knüpfte dann seine Ausführungen an die fünf Worte: „Siehe, ich bin eine Magd des Herrn“; „Herr, sie haben keinen Wein mehr“; „Woher kommt mir die große Gnade, daß die Mutter meines Herrn zu mir kommt?“; „Deine Seele wird ein Schwert durchdringen“; „Von nun an werden mich selig heißen alle Geschlechter“.

Bischof Venloos aus Spanien zurzeit in Trier. Den Vortritt in der spanischen Sektion führte Bischof D. Juan Venloos (Sprich: Venloos) y Biso von Seo de Urgel. Der Bischof ist insofern eine besonders interessante Person, weil er Souverän der Republik Andorra ist; er führt als solcher den Titel Principe Soberano de los Valles de Andorra. Das Ländchen liegt an der Grenze zwischen Frankreich und Spanien, hoch in den Pyrenäen. Die Bischöfe von Urgel erhielten ihre Landesherrenwürde von Karl dem Großen. Der heutige Stand der Dinge ist der, daß der Bischof von Urgel Souverän von Andorra ist und die volle legislative Gewalt besitzt, die Justizgewalt teilt er mit dem Präsidenten der französischen Republik. Die Landesverwaltung führt der Rat von Andorra selbst. Die Staatsreligion ist die katholische. Die Bevölkerung beträgt 8000 Seelen.

Trier, 7. August. (Telegramm.) Der sechste internationale Marianische Kongress wurde heute durch eine im Dom abgehaltene Feier geschlossen. Es sprachen Prälat Dr. Giesler (Chur) über „Warum lieben und ehren wir Katholiken Maria?“ und Generalleutnant J. D. Freiherr von Steinacker aus Berlin über „Wie spricht Maria zu uns Männern?“ An Kaiser und Papst waren Subduktionstelegramme vom hochw. Bischof voran geschickt worden. In dem Telegramm an den Kaiser heißt es: „Viele tausend Katholiken Deutschlands mit zahlreichen Vertretern auswärtiger Nationen sprechen Eurer Majestät rückhaltlos Bewunderung für die Weisheit und Stärke aus, mit der Eure Majestät den Frieden unter den Völkern zu erhalten erfolgreich bemüht sind, vor allem aber auch für Euer Majestät stets mutvolles Bekenntnis zum Kreuz Jesu Christi, dem Erlöser der Welt. Darum ging folgendes Telegramm ein: Se. Majestät der Kaiser und Königin haben die freundliche Begrüßung des dortigen sechsten Marianischen Kongresses huldvollst entgegen genommen und lassen Eure Bischöfliche Hochwürden ersuchen, dem Kongress allerhöchsten Dank für den Ausdruck treuer Ergebenheit auszusprechen. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Valentini, Geh. Kabinettsrat. — Das Antworttelegramm des Papstes lautet: Der Heilige Vater hat mit großer Freude vernommen, mit welchem Glanz der Trierische Kongress gefeiert wird, und er sendet Dir und den zahlreichen Katholiken, die in Trier der erhabenen Gottesmutter den Tribut innigster Verehrung darbringen, nochmals mit ganzem Herzen seinen Segen. Kardinal Merry del Val.“

Die Trierer Marienfeier sind zu einer wirklich wichtigen Kundgebung geworden. Alle Versammlungen, so zahlreich sie auch waren, ob sie in der Kirche stattfanden oder in weltlichen Räumen, wiesen einen Massenbeiz auf. Von berufener Seite wurde das Urteil abgegeben, dieser Trierer Marianische Weltkongress habe alle seine Vorgänger weit übertroffen, sowohl durch sein Arrangement, wie insbesondere durch den nachhaltigen Eindruck auf alle seine Teilnehmer. Wenn demnächst die in den Gruppen gehaltenen Vorträge im Druck erschienen sind, besitzen wir eine Sammlung von Arbeiten höchst wissenschaftlicher Art über alle Fragen des Marienkultus, der Marienverehrung im Laufe der Zeiten, wobei sowohl die Theorie, wie die Praxis voll zur Geltung kommt. In den Kirchen wurden nebenbei von bedeutenden Priestern und Laien die Grundlagen des Marienkultus und seine Bedeutung für unsere Zeit erklärt.

Die Straßen Triers zeigten auch heute noch infolge des Kongresses ein überaus lebendes Bild. So viele Fremde hier aber auch sind, eine Wohnungsnot hat sich nicht herausgestellt. Die Trierer Bevölkerung war selbst überaus stark beteiligt an allen Veranstaltungen. Abends sah man an einer ganzen Reihe von Privathäusern die alten Muttergottesbilder im Lichte glänzen.

## Deutsches Reich.

Dresden, den 7. August 1912

— Bei der Reichstagswahl in Pfarrkirchen herrschte sehr große Wahlruhe, die zum Teil auch durch die große Jnanprüchnahme der Landbevölkerung mit den Entarbeiten zu erklären ist. Der Zentrumskandidat Gereuer erhielt nach dem amtlichen Wahlergebnis 5798 Stimmen, rund 2000 Stimmen weniger als bei den Januarwahlen. Der Kandidat des Bayerischen Bauernbundes erhielt 8650 Stimmen, 1200 weniger als im Januar. Wenn man berücksichtigt, daß die Sozialdemokraten, die bei den Januarwahlen ungefähr 1800 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigten, zum größeren Teil bei der Wahl am Montag für den Kandidaten des Bauernbundes eingetreten sind, dann hat das Zentrum doch besser abgeschnitten, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

— Die Dienstbotenversicherung. Durch kaiserliche Order ist bekanntlich das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen der Reichsversicherung über die Krankenversicherung auf den 1. Januar 1914 festgesetzt. Infolgedessen tritt auch die Krankenversicherung der Dienstboten erst mit diesem Zeitpunkt in Kraft. Es können daher bis dahin auch die bestehenden privaten Vereinigungen zur Krankenversicherung der Dienstboten ihre Tätigkeit in der bisherigen Weise fortsetzen. Aber auch nach dem 1. Januar 1914 ist diesen privaten Vereinigungen die Möglichkeit gegeben, unter gewissen Voraussetzungen ihre Tätigkeit fortzusetzen. Denn im § 418 des Gesetzes ist für die landwirtschaftlichen Arbeiter vorgesehen, daß sie auf Antrag des Arbeitgebers von der Krankenversicherung befreit werden können, wenn der Arbeitgeber die Krankenversorgung selbst übernimmt und deren Kosten aus eigenen Mitteln bestreitet. Voraussetzung für die Befreiung ist jedoch der Nachweis, daß der Arbeitgeber zur Uebernahme dieser Lasten auch durch seine Verhältnisse befähigt ist. Der § 435 sieht nun vor, daß die Bestimmungen des § 418 auch auf Dienstboten Anwendung finden können. Welches also eine Dienstbotin nach, daß ihre sämtlichen Dienstboten bei einem Versicherungsverein versichert sind, dessen Leistungen den Mindestleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung gleichkommen, so ist die Befreiung von der Krankenversicherung zulässig. Für die Dienstboten erwächst hieraus der Vorteil, daß sie von der Beitragsleistung für ihre Krankenversicherung frei bleiben. Die bestehenden Vereinigungen für Krankenversorgung der Dienstboten können also ihren Geschäftsbetrieb fortsetzen, falls sie durch ihre Satzungen ihre Leistungen denen der gesetzlichen Krankenversicherung gleichstellen und ausreichende Bürgschaften für die Gewährung der Leistungen bieten.

— Wo bleibt der gesunde Menschenverstand? Herr Reichstagsabgeordneter Erzberger schreibt uns: Wenn das Gehalt eines alten Veteranen infolge der eigenen unzureichenden Begründung und der Ungeschicklichkeit einer untergeordneten Behörde abgelehnt wird, dann sagt sich jedermann: Mann vorkommen! und rechnet mit der höheren Instanz der oberen Instanzen. Wenn aber die oberste Instanz auf dem Gebiete des Unterstützungswesens, der Rechnungshof des Deutschen Reiches, eine allgemeine Verordnung erläßt, die allen menschlichen Gefühlen und den Absichten der Gesetzgeber ins Gesicht schlägt, dann kann man nur fragen: „Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?“ Diese Frage drängt sich auf die Lippen, wenn man folgenden Fall, der mir aktenmäßig vorliegt, und der nun Tausende von Wiederholungen im Reich finden wird, sich vor Augen hält: Ein alter Soldat erlitt 1877 während seiner Dienstzeit einen Schlaganfall, der ihn lähmte; nachdem er 18 Monate im Lazarett gelegen hatte, wurde er zur Disposition in die Heimat entlassen. Zwei Personen mußten ihn führen; sein Bewußtsein war meistens getrübt. 1880 mußte er zur Generalmusterung erscheinen, der diensttunfähige Offizier erklärte ihn ohne weiteres als dienstuntauglich, aber bis 1894 mußte er jährlich zur Musterung erscheinen. In diesem Jahre machte er erstmals keine Ansprüche an die Militärverwaltung geltend. Die Natur der 27-jährigen Kriegsdienstleistung war eine ablehnende, wegen verspäteter Refursergreifung. Doch das Ministerium hatte ein Einsehen; es sandte den Invaliden dreimal in heilende Bad, was eine Besserung im Gehör hatte, es zahlte Unterstufungen, so daß der arme Krüppel in den letzten Jahren über 400 Mark erhielt. Das Befinden des Militärintervaliden verschlechterte sich später wieder, die Lähmung wurde eine vollständige, und heute ist der Mann total hilflos und 56 Jahre alt. In diesem bedauernden Zustande wird nun der Invaliden im Mai dieses Jahres durch ein Schreiben des Bezirkskommandos überbracht, wonach die jährliche Unterstützung von 180 Mark in Wegfall kommt. „Da Ihr Krankheitszustand ein unheilbarer und derartiger schwerer ist, daß Sie nichts mehr zu Ihrem notwendigen Lebensunterhalt erwerben können. Aus diesem Grunde ist die Weiterbewilligung der Unterstützung nicht mehr zulässig, da in diesem Falle die gesetzliche Armenpflege einzutreten hat.“ Man greift sich an den Kopf und seufzt: „Wie kann dies sein?“ Das Militär stellt die totale Erwerbsunfähigkeit — eine Folge des im Dienste erlittenen Schlaganfalls — fest; statt nun die Unterstützung zu erhöhen, entzieht es vielmehr diese und wirft den Krüppel auf die Straße der öffentlichen Armenpflege. Grund: Eine Verfügung des Rechnungshofes. Nun hat man wenigstens die höchst unerfreuliche Lösung des tragischen Rätsels. Die Militärbehörde ist der Ansicht, daß die Unterstützungen mit zunehmender Hilflosigkeit zu erhöhen sind, der Rechnungshof reißt den Buchstaben des Gesetzes tot und sagt: Ungeheuer ist es richtig; wenn der Mann gar nichts mehr verdienen kann, geben wir ihm auch nichts mehr; die Armenpflege ist dafür da. Und dieser unsägbare Standpunkt führt nun dazu, daß in diesen Tagen Hunderte von gleich bemittelten Invaliden um ihre fortwährende Unterstützung kommen, da sie unheilbar krank sind. Ist denn der gesunde Menschenverstand auch in die Ferien gegangen?

## Aus dem Auslande.

### Oesterreich-Ungarn.

— Eine neue Radiumquelle. Im staatlichen Uranerzbergbau in Joachimsthal ist eine neue ergiebige Quelle erschlossen worden, deren Wasser eine Radioaktivität besitzt, die nahezu viermal so groß ist, wie die bisherigen stärksten Radiumquellen.

## Italien.

### Der italienisch-türkische Krieg.

— Wieder ein italienischer Erfolg. In dem Berichte des Generals Gacioni über die Einnahme von Suara heißt es: Nachdem die Kolonne Lequio den Widerstand überwunden und einen feindlichen Angriffsvorstoß zurückgeschlagen hatte, besetzte sie gegen 9 Uhr eine Ortschaft, die ungefähr 20 Kilometer von Sidi Said entfernt in der Nachbarschaft des westlichen Randes der Dase von Suara liegt. Von hier aus wurde eine aus zwei Bataillonen und zwei Schwadronen gebildete Abteilung von Besten in die Dase entsandt, um sie vom Feinde zu säubern und sich mit der Kolonne Tassoni zu vereinen. Die Abteilung löste ihre Aufgabe glänzend und bemächtigte sich der Stadt und der sie umgebenden Dase. Der glückliche Erfolg ist auf das vollkommene Zusammenwirken der Marine und der beiden in Suara zusammengetroffenen Kolonnen zurückzuführen.

— Die Friedensverhandlungen. Der „Nöln. Zeitg.“ wird aus Petersburg gemeldet: Im Ministerium des Auswärtigen wird bestätigt, daß in Jürich Verhandlungen zwischen türkischen und italienischen Diplomaten stattfinden. Die Türkei sei wegen der wachsenden inneren Schwierigkeiten, die nach Aussage russischer Diplomaten hier sehr ernst genommen werden, jetzt geneigter, Frieden zu schließen. Die Verhandlungen sind nur kurze Zeit abgebrochen worden, jetzt aber wieder im Gange. Der italienische Botschafter in Petersburg soll die Unterhandlungen führen. Die Anregung zur Wiederaufnahme soll von der jetzt nachgiebigeren Türkei ausgegangen sein.

## Frankreich.

— Die Rußlandreise Poincarés und französisch-russische Geheimverträge. Man ist in Paris bemüht, dem durch die Kaiserentrevue von Valkischport etwas in den Hintergrund geratenen französisch-russischen Bündnisse neuen Glanz zu verleihen. Die Reise des Ministerpräsidenten Poincarés nach Petersburg bietet dazu willkommenen Anlaß. Zunächst wurde über das französisch-russische *M a r i n e a b k o m m e n t* in pomphaften Phrasen geschrieben. In Wirklichkeit ist jedoch dessen Wert zurzeit nicht hoch zu veranschlagen, da Rußlands Flotte sich von der schweren Niederlage, die sie im japanischen Kriege erlitten, noch nicht erholt hat. Nun will aber das „Eho de Paris“ von erster diplomatischer Seite erfahren haben, daß Rußland auf Anregung Poincarés eingewilligt habe, mit Frankreich ein Abkommen zu treffen, durch das es sich verpflichtet, mit Deutschland über seine europäische Frage zu unterhandeln, ehe es sich darüber mit Frankreich verständigt habe. Das Abkommen wäre 14 Tage vor der Begegnung Kaiser Wilhelms und des Zaren für die Dauer von drei Monaten unterzeichnet worden und würde während des Ausenthaltes Poincarés in Rußland zweifellos erneuert werden. Dazu schreibt die „Nationalzeitg.“: Ganz abgesehen von den unmöglichen, für Deutschland beleidigenden Forderungen, die Frankreich im Hinblick auf die damals schon feststehende Zusammenkunft der beiden Monarchen von Rußland gefordert und von dessen Regierung zugestimmt bekommen haben soll, widerspricht die Tendenz dieser Meldung in jeder Hinsicht den tatsächlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Schon aus diesen Gründen erscheint die Nachricht unglaubwürdig. Wir erfahren aber außerdem von zuverlässiger Seite, daß die Darstellung des Mitarbeiters des „Eho de Paris“ in keiner Weise der Wirklichkeit entspricht, und daß die Behauptung von einer Verpflichtung Rußlands zugunsten Deutschlands jeder Begründung entbehrt.

## Portugal.

— *Witz Gram* freigelassen. Die Korrespondentin eines englischen Blattes *Witz Gram*, die kürzlich unter der Anklage stand, an einer politischen Verschwörung teilgenommen zu haben, hierauf verhaftet, jedoch auf Vermittelung des englischen Gesandten vorläufig in Freiheit gesetzt worden war, ist jetzt endgültig freigelassen worden, da sich keine Beweise ihrer Schuld ergeben haben.

## Türkei.

— Der türkische Wirtswarr. Die Kammer hat das Ende gefunden, das sie verdiente und die Jungtürken sind mit Schmach und Schande aus ihrer dominierenden Stellung hinausgedrängt worden. Auch sie haben dieses Schicksal reichlich verdient. Das Kabinett Nuchtar Pascha hat sich schon durch das energische Vorgehen bei der Auflösung der Kammer ein Verdienst um das Land erworben, denn so konnte es nicht weitergehen. Ob es dabei gerade mit dem besten Willen die Legalität vorgegangen ist, kann bei den jetzt in der Türkei herrschenden Zuständen nicht so sehr in Betracht fallen. Die Frage ist aber: Was nun? Die Jungtürken haben beschlossen, das Auslösungsdekret nicht anzuerkennen und das Parlament nach Adrianopel zu verlegen, das heißt, daß sie Adrianopel zum Zentrum ihrer revolutionären Umtriebe machen wollen. Das Komitee hofft trotz allem, daß die meisten Provinzen zu ihm halten werden. — Telegraphisch wird weiter gemeldet:

Die Regierung hat die Bürgermeister von Smyrna, Adrianopel und anderer Städte abgesetzt und ihre gerichtliche Verfolgung angeordnet, weil sie die Bevölkerung gegen die Regierung aufreizten. Da die Regierung die gestrige Vormittags Sitzung der Kammer als nichtig ansieht, veröffentlicht das Amtsblatt keinen Bericht über diese Sitzung. „Jeune Turc“ veröffentlicht ein Telegramm aus Saloniki, das dem Blatte angeblich im Namen von 5000 Personen zugeht und gegen die Auflösung der Kammer protestiert. Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Die Mitglieder des Zentralkomitees für Einheit und Fortschritt, Djavid und Talaat, sind nach Saloniki abgereist, wohin der Sitz des Komitees verlegt worden ist.

Die Albanesenbewegung kann, wie wir gestern gezeigt haben, nicht auf einmal zum Stillstande gebracht

werden, forderung Pascha li der Kamr unbeeinfl gnehmend wärden et richt mit adressen a

— D tenegro. G Gesandten antwortet, fischem G fall sei d durch di immer n

Sal haben die Rojloway und Beran abgegangen negrinen richt von d dert und f und Djafo gangen. I

— D aus Salon Explosion R Kaffaer bei dem 50

Da burg wird hat im Pro, Seeleute de Deportation 29 wurden

— Gen ran, 8. Aug Gendarmen Offizieren a Salar ed D Kaubzüge de unterbrochen Räuber bei schüß und fo fert, dem d ist leicht ver

— Chr teilte ein lat Provinzial-W die Nachricht ginesischer P meinden ste worden. Bel nicht, so schrei teiten mit ef Tochter zum Als die Christ berief, sagte d seien die Chr der Republik

— Die G Meldungen an dem Verbleib Dwig am 20. einen Schuß i verbrannt wor ihnen befindet

— Unruh gan ist es in ruhen gekom worden sind, Tria hi hatte f mit dem Ober der Gegend zu sammenstoße a Poliseitruppen. Reid Tria durchbrechen. I sein Pferd. T eingeborenen U wurden getötel haftet. In der lonje ist beoaff die Bank und 7 Uhr abends i Tria hi führte d

— Der Ro velt wurde in d Kundgebungen e erklärte er, der Delegierten ger Unehre. Roofee die Schaffung ei Befugnis, die kontrollieren. E daß das amerik aber gegen die gegen frühere L Zarifant sei g und Wirkungstre glänzendes Vorb 17 gegen 16 E auszuschließen. D

— Die erf dem Manengub Jahressbericht her